

G 9

**Thomas Gräfe,
„Was halten Sie von den Juden?“
Umfragen über Judentum und Antisemitismus 1885 -1932,
Norderstedt, 2018**

- Kurzfassung - *

Zu der Frage, ob es in Deutschland eine Tradition des Antisemitismus gab, die direkt zu den Verfolgungen unter den Nationalsozialisten führten, könnten Befragungen, die zwischen 1885 und 1932 durchgeführt wurden, Auskunft geben.

Thomas Gräfe hat die Befragungen 2018 kritisch untersucht.

Einleitend führt der Autor vier Zitate an, die die begrenzte Aussagekraft der Ergebnisse verdeutlichen:

- 1) „Es gab damals (um 1912) unter den einfachen Leuten, d.h. in der mittleren Bürgerschaft, der Arbeiterschaft und der Bauerschaft keinen Antisemitismus. Der kam von oben, vom Studienrat aufwärts.“

Wolfgang Meyer-Michael (undatiert, nach 1945)

- 2) „Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, dass man da mit Vernunft überhaupt etwas machen kann (...) Was ich Ihnen sagen könnte, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit.“

Theodor Mommsen (1893)

- 3) „Die Bewegung, die man aktuell unter dem Namen des Nationalsozialismus zusammenfasst und die eine so gewaltige Werbekraft bewiesen hat, vermischt sich mit der Riesenwelle exzentrischer Barbarei und primitiv-massendemokratischer Jahrmarktsrohheit, die über die Welt geht. (...) Entlaufen scheint die Menschheit wie eine Bande losgelassener Schuljungen aus der humanistisch-idealistischen Schule des neunzehnten Jahrhunderts, gegen dessen Moralität (...) unsere Zeit einen weiten, wilden Rückschlag darstellt.“

Thomas Mann (1930)

- 4) „Unter den Einsichten von Sigmund Freud (...) scheint mir eine der tiefsten die, dass die Zivilisation ihrerseits das Antizivilisatorische hervorbringt.“

Theodor W. Adorno (1966)

Die „Umfragen“ sahen seinerzeit erheblich anders aus, als die heute üblichen Formen. Als typische Umfrageform etablierte sich Ende des 19. Jahrhunderts die serielle Intellektuellenbefragung. Einigen ausgewählten Intellektuellen wurden Fragen vorgelegt, mit der Bitte um schriftliche Beantwortung. Diese Befragungen ermöglichen nur Aussagen über das Bildungsbürgertum, sie spiegeln **nicht** die Mentalität der breiten Masse. Offensichtlich bestand auch kein Interesse an Einstellungen bildungsferner Schichten. Für diese Schichten hatte ohnehin die „Judenfrage“ viel geringere Bedeutung als für die Gebildeten. Das Bildungsbürgertum machte in Deutschland 0,8 bis 2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Und aus diesem elitären Kreis wurden nur Intellektuelle um Stellungnahmen gebeten, d.h. Personen, die zuvor bereits durch Parteinahme in aktuellen Debatten aufgefallen waren.

Das Zitat Nr. 1) (s.o.) von Wolfgang Meyer-Michael trifft diesen Sachverhalt genau. Die Menschen mit geringerer Bildung lagen mit ihrer Distanz zur „Judenfrage“ eindeutig dichter an der gesellschaftlichen Wirklichkeit: Um 1912 machten die Juden nur ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Die Antworten auf die vorgelegten Fragen wurden in einem Sammelband gebündelt und veröffentlicht.

Insgesamt gab es zwischen 1885 und 1932 acht solche Befragungen, fünf zur Zeit des Kaiserreichs und drei in der Weimarer Republik. Im 19. Und frühen 20. Jahrhundert war der Begriff „Judenfrage“ keinesfalls durchgängig antisemitisch belegt. „Unter diesem Begriff wurde diskutiert, wie das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit beschaffen sein sollte, was antisemitische und anti-antisemitische Meinungen gleichermaßen einschloss“ (Gräfe, S. 8).

Das Zusammenleben lässt sich idealtypisch auf zwei Weisen organisieren:

- a) die **Assimilation**, d.h. die Minderheit gleicht sich der Mehrheit an.
- b) die **Akkulturation**, d.h. die Minderheit übernimmt kulturelle Gepflogenheiten der Mehrheit, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können. Die Minderheit bleibt als eine klar abgegrenzte ethnische Gruppe bestehen, indem bestimmte Teilaspekte ihrer Existenz von der Assimilation unberührt bleiben, das gilt vor allem für Heiratsverhalten,

Religion und Berufswahl. Dies entsprach weitgehend der Situation der deutschen Juden im 19. Jahrhundert.

Anzeichen für eine das Judentum auflösende **Assimilation** lassen sich erst ab 1918 finden, in Form eines sprunghaften Anstiegs von Gemeindeaustritten und Mischehen. (Gräfe, S. 8-12)

Die Intellektuellenbefragung von Isidor Singer 1885

Der Wiener Journalist Isidor Singer beabsichtigte mit seiner 1884 begonnenen Befragung eine Abwehr des Antisemitismus. Singer hoffte, mit Aufklärungsarbeit intelligente Kreise der Bevölkerung immunisieren zu können.

Alle Befragten sprachen sich für Assimilation aus.

Die Intellektuellenbefragung von Karl Klopfer 1891

Die Befragung Singers wurde in der Öffentlichkeit als „judenfreundlich“ wahrgenommen. Darauf reagierte Carl Klopfer (1865 – 1937). Die Mehrzahl der Befragten sprach sich allerdings gegen Antisemitismus aus.

Bewusst wurden auch Antisemiten befragt, die jedoch keine Alternative zur allmählichen Angleichung der Juden an die Mehrheitsgesellschaft nannten. Ein Befragter ermahnte die Antisemiten, „konkrete Reformvorschläge vorzulegen, anstatt sich in unmöglichen Vorstellungen zu berauschen“.

„Die Assimilation galt für fast alle Beteiligten als alternativlos, gestritten wurde lediglich darüber, wie weit sie gehen sollte“ (Gräfe, S. 28).

Die Intellektuellenbefragung von Hermann Bahr 1893-94

Die Umdeutung von Korruptionsskandalen in jüdische Verschwörungen wurde im späten 19. Jahrhundert zu einem Klassiker antisemitischer Agitation.

Das Grundmuster hierfür lieferte die Affäre um den Bau des Panama-Skandals. In Frankreich hatte die Kanalgesellschaft Parlamentarier und Minister bestochen, um das in finanzielle Schwierigkeiten geratene Bauprojekt zu retten. Seit 1892 nutzte der Journalist Edouard Drumont die Beteiligung jüdischer Bankiers, um den Skandal in eine jüdische Verschwörung umzudeuten.

In Deutschland hatte sich zur selben Zeit Hermann Ahlwardt auf einen antisemitischen Enthüllungsjournalismus spezialisiert. Er deckte zahlreiche vermeintliche Skandale auf, in denen korrumpierende

jüdische Kapitalisten die Hauptrolle spielten. Obwohl Ahlwardt wegen seiner haltlosen Verleumdungen als unseriöser „Radauantisemit“ verschrien war, erzielte er mit seiner Agitation eine beachtliche mobilisierende Wirkung und mediale Aufmerksamkeit. Anders als in den Jahrzehnten zuvor stießen die Antisemiten nun auf eine organisierte zivilgesellschaftliche Gegenwehr: den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und den Verein zur Abwehr des Antisemitismus (S. 30)

Der österreichische Journalist Hermann Bahr veröffentlichte 1894 einen Sammelband, der 38 Interviews enthielt. Die Gegner des Antisemitismus brachten darin – anders als noch in der Umfrage von 1885 – Antisemitismus nicht mehr primär mit religiöser Intoleranz in Verbindung. Der Historiker Theodor Mommsen sah im Antisemitismus eine vernunftwidrige Leidenschaft des Pöbels.

Die Reichstagsabgeordneten Theodor Barth und Heinrich Rickert vermuteten, dass Junker und Konservative den Antisemitismus nutzten, um gegen Liberalismus und Moderne zu Felde zu ziehen. Die Juden seien für sie nur ein „Symbol einer verhassten Zeit“. Der Schriftsteller Friedrich Spielhagen erkannte die Ursache des Antisemitismus im Sozialneid der Christen, die mit der Bildungsbeflissenheit und dem wirtschaftlichen Erfolg der Juden nicht mithalten könnten. Er beschrieb das am Beispiel der Studenten: „Der jüdische Student ist pünktlich im Kolleg, nimmt die besseren Plätze und schreibt schon lange emsig mit, wenn der verdrossene Germane, der noch seinen Kater von gestern in den schweren Gliedern hat, endlich träge daherkommt, hinten auf den schlechten Bänken sitzen muss und dem Vortrag kaum zu folgen vermag.“

Die sozialistischen Intellektuellen deuteten den Antisemitismus als einen fehlgeleiteten Antikapitalismus, der mit zunehmendem Klassenbewusstsein verschwinden werde.

Die Anti-Antisemiten sahen im Antisemitismus ein Problem der Mehrheitsgesellschaft, dem mit Bildungsarbeit begegnet werden müsse. Die meisten von ihnen waren der Meinung, dass der Fortbestand der jüdischen Gruppenidentität dem Abbau des Antisemitismus hinderlich sei. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Heinrich zu Schoenaich-Carolath, dass die „Eigentümlichkeiten der jüdischen Rasse“ verschwinden müssten, der Antisemitismus jedoch behindere die Assimilation.

Die Antisemiten in der Umfrage referierten nicht über den Antisemitismus sondern über die „Judenfrage“, die sie als „soziale Frage“, „Rassenfrage“

oder „nationale Frage“ sahen. Einige Antisemiten identifizierten die Juden mit Korruption und Manchesterkapitalismus.

„Durcheinanderwohnen und die Mischung von Rassen, welche physisch, geistig und moralisch sehr weit von einander abstehen“, für Staat und Kultur gefährlich sei. Diskriminierungen lehnten fast alle Befragten ab. (S. 34f.)

Die Intellektuellenbefragung von Julius Moses 1906-07

15 Jahre nach der Interviewserie Hermann Bahrs gab zunehmende Heftigkeit antisemitischer Äußerungen Anlass für eine neue Intellektuellenbefragung.

Große Aufmerksamkeit richtete sich auf Osteuropa. Die von 1903 bis 1906 dauernde Pogromwelle in Russland forderte über 3000 Todesopfer und hatte eine Massenauswanderung von Ostjuden nach Westeuropa, Palästina und die Vereinigten Staaten zur Folge. Eine weitere Konsequenz war, dass der Zionismus einen erheblichen Bedeutungsgewinn in der öffentlichen Meinung erzielte und die Utopie vom Judenstaat zu einer ernsthaft diskutierten Option unter Juden und Christen gleichermaßen wurde. (S. 36f.)

Von den Umfrageteilnehmern wollte Moses u.a. wissen, ob den Juden eher die Assimilation oder eher die nationaljüdische Absonderung zu empfehlen sei.

Der 1907 erschienene Sammelband enthielt 98 Beiträge von Intellektuellen. Unter ihnen befanden sich 70 Christen, und 28 Juden. 76 sind als Anti-Antisemiten, 18 als Antisemiten einzustufen, vier lassen sich nicht eindeutig zuordnen.

Nur ein Drittel der Befragten sprach sich eine vollständige Integration der Juden ins Deutschtum aus.

Christliche Autoren warfen einerseits dem Staat **und** den Antisemiten vor, die Assimilation zu behindern und das Fremdheitsgefühl der Juden künstlich zu erhalten. Andererseits sahen einige Autoren die retardierenden Momente eher auf Seiten der Juden. (S.38)

Einige der christlichen Intellektuellen forderte für die Bekämpfung des Judenhasses die Auflösung des Judentums, etwa durch Mischehen. (S. 39).

Andere traten für multiethnische Koexistenz ein. (S. 41)

Die Intellektuellenbefragung Arthur Landsbergers und Werner Sombarts von 1912

Auslöser für diese Befragung war das Buch des Ökonomieprofessors Werner Sombart „Die Juden und das Wirtschaftsleben“. Sombart erklärte die Juden zu Erfindern des modernen Kapitalismus. Die Rasseneigenschaften der Juden begünstigten ihre überlegene Stellung in der Geldwirtschaft, die aber nicht zwingend nachteilig für die „Wirtsvölker“ sei. Das Buch wurde in der Öffentlichkeit mal als judenfeindlich, mal als judenfreundlich ausgelegt. Der Streit um Sombarts Thesen fand monatelang in den Tageszeitungen statt.

Um die Debatte in einem Sammelband zu bündeln, holte der jüdische Schriftsteller Arthur Landsberger gemeinsam mit Werner Sombart 29 Stellungnahmen prominenter Intellektueller ein. Darunter befanden sich 22 Christen und sieben Juden.

In seinem Vorwort schildert Landsberg die Rolle der Juden unter den christlichen Völkern als paradoxe Situation. Im Kapitalismus kommen den Juden eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu. Zugleich strebten sie aber danach, diese Sonderstellung durch religiöse und rassische Angleichung oder nationaljüdische Isolation wieder aus der Hand zu geben. Somit drohe der Kapitalismus seine jüdische Triebfeder zu verlieren. Daher sei die „Judenfrage“ auch für die Nichtjuden eine Existenzfrage. Die Teilnehmer an der Umfrage sollten zu dieser These Stellung beziehen.

Die 13 Befürworter einer Assimilation stellten gegenüber neun Befürwortern nationaljüdischer „Arterhaltung“ eine knappe Mehrheit dar. Die antisemitischen Umfrageteilnehmer glaubten nicht an die Assimilationswilligkeit der Juden, sie prognostizierten eine Pogromstimmung für den Fall, dass es nicht gelänge, das Judentum durch Assimilation aufzulösen. (S.44)

Die Intellektuellenbefragung Bruno Willes von 1920

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zeigte, dass die von vielen Seiten geäußerten Zweifel am Konzept der Assimilation unbegründet waren. Kriegsbegeisterung und patriotische Opferwilligkeit waren unter den deutschen Juden nicht weniger ausgeprägt als in der übrigen Bevölkerung. Im Rahmen des Kriegseinsatzes fielen die letzten administrativen Diskriminierungen in Militär und Bürokratie. Doch mit schwindender Aussicht auf einen schnellen Sieg kehrte der Antisemitismus zurück.

Im Oktober 1916 veranlasste das Kriegsministerium eine „Juden-zählung“

im Heer, um dem Vorwurf nachzugehen, die Juden würden sich vor dem Dienst an der Front drücken. Die Ergebnisse widerlegten das Vorurteil. Sie wurden aber nicht veröffentlicht, sondern den Antisemiten zugespielt, die sie nach ihren Vorstellungen manipulierten. So kann es nicht verwundern, dass die Juden 1918/19 nicht nur zum Sündenbock der Niederlage erklärt wurden, sondern man ihnen auch alle unerfreulichen Begleiterscheinungen wie Revolution, Bolschewismus, Versailler Vertrag und Inflation zur Last legte. Es hieß, Deutschland sei Opfer einer „jüdischen Weltverschwörung“ geworden.

Ein wahnhafter, verschwörungstheoretischer und das System der Weimarer Republik angreifende Antisemitismus (man sprach von der „Judenrepublik“) wurde zum Konsens aller rechtsstehenden politischen Kräfte. Neben Radikalität und Breitenwirkung nahm die Gewaltbereitschaft zu, bis hin zum politischen Terrorismus. (S. 51)
 Begünstigt wurde diese Entwicklung durch eine im Krieg brutalisierte Jugend und einen schwachen Staat, der nicht imstande war, sein Gewaltmonopol durchzusetzen.

Der Journalist Maximilian Harden wurde von Mitgliedern der Organisation Consul zusammengeschlagen und starb an Spätfolgen. Harden war als Jugendlicher vom Judentum zum Protestantismus übergetreten und hatte in der Umfrage von 1893 eine antisemitische Stellungnahme abgegeben. Für die Täter kam es aber allein auf die „Blutszugehörigkeit“ an.

In Osteuropa war die Lage noch dramatischer, Pogrome in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie sowie der russische Bürgerkrieg forderten unter den Juden 60.000 Opfer.

Zwischen 1918 und 1920 wurde Deutschland zu einem Transitland für 200.000 ostjüdische Flüchtlinge. Obwohl nur etwa 70.000 von ihnen dauerhaft im Reich blieben, gelang es den Antisemiten, die Legende von einer Masseneinwanderung „Fremdblütiger“ zu verbreiten. (S. 52)

Unter diesen Bedingungen fand im Frühjahr 1920 die erste Intellektuellenbefragung statt. Der Schriftsteller Bruno Wille holte 150 Stellungnahmen ein, diesmal überwiegend von Politikern, Ministern, Bürgermeistern, Landräten und Pfarrern. Künstler und Wissenschaftler waren schwächer vertreten. Es wurden Intellektuelle bevorzugt, die den Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) nahestanden. Allerdings hatte Wille über 100 Absagen bekommen, offensichtlich erschwerte die Welle der Gewalt ein offenes Bekenntnis zum Antisemitismus.

Die Verbindung von Judenfeindlichkeit und Republikfeindlichkeit sorgte dafür, dass die „Judenfrage“ ins Zentrum der politischen Diskussion rückte.

Der Reichspräsident Friedrich Ebert lobte in einem Grußwort Bruno Willes Bemühungen um die „Volksaufklärung“ und zeigte sich zuversichtlich, dass der Antisemitismus zurückgedrängt werden könne. Auch die meisten anderen Teilnehmer hielten den Antisemitismus für eine Übergangserscheinung: eine „Psychose der Niederlage“ oder eine geistige „Erkrankung unseres Volkskörpers“ (S. 53). Der Ausgang des Krieges sei für eine „Verwüstung der Moral“ verantwortlich.

Andere sahen im Antisemitismus ein Mobilisierungsinstrument der radikalen Rechten gegen die Demokratie, weshalb er „staatsgefährdend“ sei. Einige bezeichneten den Antisemitismus als „Ablenkungsmanöver“ und eine Tarnung der „Kriegshetzer“, um ihre eigene Schuld an der Niederlage anderen in die Schuhe zu schieben.

Es fällt auf, dass die im Kaiserreich noch sehr großen Unterschiede in der Wahrnehmung des Antisemitismus durch sozialdemokratische, liberale und katholische Politiker sich nach dem Ende des Kaiserreiches anglichen: Wer die die Republik unterstützte, konnte kein Antisemit sein, und wer die neue Staatsform bekämpfte, konnte sich dem Antisemitismus nicht mehr entziehen. (S. 55)

Die Intellektuellenbefragung wurde unter dem Titel „Deutscher Geist und Juden Hass“ veröffentlicht, wohl um zu suggerieren, dass beides unvereinbar sei. Immerhin schlichen sich entgegen der einseitigen Auswahl der Teilnehmer (s.o.) 12 antisemitische Stellungnahmen ein – ausnahmslos von Lehrern, Universitätsprofessoren und Bischöfen. So sahen zwei Professoren die Schuld am Antisemitismus „aufseiten des Judentums“, das maßgeblich für Kriegsniederlage und Novemberrevolution verantwortlich sei. (S. 57)

Zwei Bischöfe glaubten, dass sich die Juden des Kapitalismus und Bolschewismus bedienen würden, um die Herrschaft über die christlichen Völker zu erlangen. Der Antisemitismus sei berechnete Notwehr zur Verteidigung von Rasse und Religion (S. 57).

Für bürgerliche Republikfeinde lieferte der Antisemitismus eine verschwörungstheoretische Antwort auf aktuelle Krisenerfahrungen (S. 59).

Die Intellektuellenbefragung Ernst Johannsens und Hermann Bahrs von 1932

Seit 1924 stabilisierte sich die Weimarer Republik, gleichzeitig nahm die judenfeindliche Stimmung ab, diese kehrte mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre zurück. Damit bestätigte sich der Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Gesellschaftskrise erneut.

Innerhalb weniger Monate verwandelte sich die NSDAP von einer unbedeutenden völkischen Splitterpartei in eine Massenbewegung. Ihre Wahlkämpfe und Mobilisierungskampagnen waren von einer Welle antisemitischer Gewalt begleitet. Ausgeübt wurden Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Boykottaufrufe sowie Synagogen- und Friedhofsschändungen von HJ- und SA-Mitgliedern. Diese Gewalt war ein Jugendphänomen, keiner der in Westfalen ermittelten Täter war über 28 Jahre alt. Zivilgesellschaftliche Gegenwehr war schwach.

Bedingt durch die Praxis der Notverordnungen und Präsidialkabinette ging im Reich das politische Handeln faktisch an einen Zirkel reaktionärer Militärs und Agrarier um Paul von Hindenburg über. Sie hatten zwar Abneigung gegenüber dem politischen Stil der NSDAP, sahen sich jedoch mit ihr einig im Ziel einer völkischen Diktatur. Diese sehnte man vor allem im Bildungsbürgertum herbei, wo nun die Generation der um 1900 Geborenen den Ton angab und eine radikale Abwehr von westlichen Werten forderte. (S. 60)

1932 wurden gleich zwei Intellektuellenbefragungen durchgeführt. Der Hörspielautor **Ernst Johannsen** legte eine kleine Befragung mit 12 Beiträgen vor. Davon stammte die Hälfte aus dem rechtsextremen Spektrum.

Johannsen ging sehr unsachlich vor. So veröffentlichte er eine Zitatensammlung aus den Werken Friedrich Nietzsches unter Weglassung aller gegenteiligen Äußerungen des Philosophen. Dieser Text wurde so eingefügt, dass er wie ein Originalbeitrag des längst verstorbenen Nietzsches wirkte.

Eine Befragung mit einem ausgewogen zusammengesetzten Teilnehmerfeld veranstaltete erneut **Hermann Bahr** in Zusammenarbeit mit einem anonymen Herausgeberkollegium (s.o. Hermann Bahr 1893 – 94).

Das Vorwort behauptet: „Die Judenfrage gehört unstrittig zu den bedeutendsten und brennendsten Problemen, die das deutsche Volk heute bewegen.“ Das klingt angesichts von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit überraschend. Doch die Herausgeber verwiesen zu Recht auf die Wahlerfolge antisemitischer Parteien, zu denen sie korrekterweise nicht nur die NSDAP zählten. Man wolle eine „neutrale Plattform“ bieten, auf der Argumente für und gegen den Antisemitismus einem unvoreingenommenen Publikum präsentiert werden sollten. Das Buch enthält 39 teilweise sehr ausführliche Stellungnahmen von 25 Christen und 13 Juden. Die Autoren eines Kollektivbeitrags der KPD blieben anonym. Schon das Inhaltsverzeichnis offenbart die extreme Polarisierung und den Verfall der Diskussionskultur. In allen bisherigen Intellektuellenbefragungen wurden die Beiträge chronologisch nach Eingangsdatum oder alphabetisch nach den Namen der Teilnehmer angeordnet, so dass der Eindruck einer lebhaften Diskussion entstand. Die Umfrage von 1932 reservierte hingegen für Antisemiten, Anti-Antisemiten und „Neutrale“ jeweils eigene Kapitel. Auf diese Weise wurden die 14 antisemitischen, 16 anti-antisemitischen und 9 neutralen Stellungnahmen säuberlich voneinander separiert. Da mit einer Machtbeteiligung der Nationalsozialisten in absehbarer Zukunft zu rechnen war, fand sich in Deutschland für dieses brisante Thema kein Verlag mehr, so dass man in die Schweiz ausweichen musste. Die Herausgeber ließen sich allerdings nicht einschüchtern. Sie planten, die Öffnung der Umfrage über den Kreis der Intellektuellen hinaus. Die Leser wurden aufgefordert, selbst ihre Meinung zur „Judenfrage“ zu Papier zu bringen und an die Redaktion zu senden. Von einer Jury ausgewählte Beiträge sollten mit 50 bis 500 Reichsmark prämiert und in einem zweiten Band veröffentlicht werden. Da dieser Band nur an die Bezieher des ersten ausgeliefert werden sollte, lässt sich nicht nachvollziehen, ob er je erschienen ist. Wahrscheinlich wurde das Vorhaben nach der nationalsozialistischen Machtergreifung aufgegeben oder unterbunden (S. 62f.).

Die Tatsache, dass nun erstmals in der deutschen Geschichte eine radikalantisemitische Massenbewegung vor den Toren der Macht standen, brachte die Befürworter der Assimilation in Erklärungsnot. Max Naumann, der Vorsitzende des Verbandes nationaldeutscher Juden bedauerte, dass die Assimilation durch den Antisemitismus und durch

nationaljüdische Verirrungen steckengeblieben sei. Wenn man den Juden den „Weg zum Deutschtum“ freilasse, werde sich die „Judenfrage“ von selbst lösen.

Dem Konzept der integrationalistischen Assimilation schlossen sich nur vier weitere Befragte an. Die meisten christlichen wie auch jüdischen Anti-Antisemiten glaubten, dass das Scheitern der Assimilation nun Wirklichkeit geworden sei.

An der Bereitschaft der Juden mangle es laut Heinrich Mann nicht, doch die christlich-deutsche Leitkultur sei durch permanente Krisen in ein derartiges „Hassbedürfnis“ verfallen, dass die Juden nichts von ihr zu erwarten hätten.

Eine wirksame Bekämpfung des Antisemitismus versprach sich eine klare Mehrheit vom Zionismus. Dabei ging es nicht primär um die Auswanderung nach Palästina, sondern um die Nationalisierung der in der Diaspora lebenden Juden. Einige Teilnehmer nahmen an, der Zionismus stelle die Juden „als Volksindividualität neben die anderen Völker“. Dadurch werde die Kernaussage des Antisemitismus ausgehebelt, die Juden würden parasitär in andere Nationen, Völker und Rassen eindringen wollen.

Jüdische Teilnehmer zeigten sich in dieser Frage weniger optimistisch: In einer Welt, die sich in Nationen, Völker und Rassen scheiden wolle, bleibe den Juden keine andere Wahl, als diese Scheidung mitzumachen. Die teilnehmenden Kommunisten glaubten, mit der „proletarischen Revolution“ würden sowohl der Kapitalismus als auch die „Judenfrage“ beendet.

Die Vorwürfe der Antisemiten gegen die Juden waren dieselben wie in den 1920er Jahren, wurden nun aber stärker rassentheoretisch begründet. Ihre Lösungsvorschläge für die „Judenfrage“ wandten sich nun endgültig von der Assimilation ab. Hatten die Antisemiten noch bis in die 1890er Jahre von den Juden verlangt, nur noch Deutsche und keine Juden mehr zu sein, verkehrten sie diese Forderung jetzt ins Gegenteil. Der nationalkonservative Schriftsteller Ernst Jünger erklärte, die Juden dürften in Deutschland nur Juden, aber niemals Deutsche sein. Der Wirtschaftsexperte der NSDAP Gottfried Feder behauptete, die Judenemanzipation habe sich als „schweres Verhängnis für das deutsche Volk“ erwiesen. Die Juden seien eine schädliche Rasse, die als „Parasiten am deutschen Volkskörper“ ein Zersetzungswerk vollführen würde. Daher fordere die NSDAP, die Staatsangehörigkeit an die Rassenzugehörigkeit zu koppeln.

12

Es sei zu überlegen, wie die „Fremdblütigen“ am wirksamsten aus der der Gesellschaft auszuschneiden seien.

Der Antisemitismus setzte sich nicht mehr aus einzelnen Vorurteilen zusammen, sondern trat nun durchgängig als ganzheitliche und sinnstiftende Weltanschauung in Erscheinung, die alle Vorgänge in Geschichte und Gegenwart auf einen Rassenkampf zwischen „Deutschen“ und „Juden“ reduzierte.

Fazit: Von der integrationalistischen Assimilation zum ethnischen Pluralismus

Die wahnhafte Hysterie und weltanschauliche Verstocktheit, mit der zur Weimarer Zeit die „Judenfrage“ diskutiert wurde, zeichnet sich in den ersten fünf Umfragen noch nicht ab. Die von Isidor Singer, Carl Klopfer, Hermann Bahr, Julius Moses und Werner Sombart zur Zeit des Kaiserreichs veröffentlichten Intellektuellenbefragungen zeigen ein äußerst vielfältiges Meinungsbild. Selbst die vermeintlich einfache Unterscheidung von Antisemitismus und Anti-Antisemitismus wird zuweilen unscharf. Lagermarkierend wirkte vor allem die mit viel Polemik verbundene Abgrenzung gegensätzlicher Werthaltungen. Betrachtet man aber, was über die Juden gesagt wurde und welche Erwartungshaltung man an sie richtete, ergibt sich ein differenzierteres Bild. Zum einen waren beide Lager intern in moderate und radikale Positionen gespalten, und die Aussagen der Protagonisten waren nicht immer frei von Widersprüchen. Weder zeigten sich alle Anti-Antisemiten gegenüber den Juden als vorurteilsfrei, noch wollten alle Antisemiten die staatsbürgerlichen Rechte der Juden einschränken. Zum anderen lassen die hier untersuchten Intellektuellenbefragungen klar erkennen, dass es Grundpositionen in der „Judenfrage“ gab, auf die sich Anti-Antisemiten und moderate Antisemiten gleichermaßen verpflichteten. In den Umfragen von 1885 und 1893 stimmten sie in der Zielvorstellung der integrationalistischen Assimilation überein. Diese beinhaltete zwar nicht mehr die Taufe, wohl aber die Erwartung, dass sich die ethnische Gruppenidentität der Juden mit der Zeit auflösen müsse. Nationaljüdische Absonderung wurde, auch von den jüdischen Umfrageteilnehmern, als illegitime Reaktion auf den Antisemitismus abgelehnt. Aber die

integrationalistische Assimilation erzwang auch von den Antisemiten ein Zugeständnis. Judenfeindliche Vorurteile waren im bildungsbürgerlichen Diskurs weitgehend akzeptiert, die Infragestellung von Emanzipation und Assimilation hingegen nicht. Wer für Fremdenrecht und Dissimilation plädierte, musste damit rechnen als unbürgerlicher Radauantisemit nicht ernst genommen zu werden. Daher konnten die Teilnehmer der antisemitischen Gegenumfrage Carl Klopfers zwar judenfeindliche Ressentiments schüren, aber keine Alternativen zur Lösung der „Judenfrage“ benennen.

Völlig anders stellt sich die Situation in den Umfragen von 1907 und 1912 dar. Die Entstehung des Zionismus und der Bedeutungsgewinn des völkischen Nationalismus verschoben die Fronten in der „Judenfrage“ zuungunsten des Liberalismus. Die Assimilationsbefürworter gerieten in die Defensive. Nun sprachen sich nicht nur die radikalen Antisemiten, sondern auch viele Anti-Antisemiten und gemäßigte Antisemiten gegen das Aufgehen der Juden in der Mehrheitsgesellschaft aus. Trotz völlig konträrer Intentionen verbanden das ethnische Nationsverständnis und die Ablehnung der Assimilation Zionisten und Völkische zu einer ungewöhnlichen Wahlverwandtschaft.¹²¹ Sie verstanden es zudem gleichermaßen geschickt, ihren Ideen, die in der Gesamtgesellschaft nicht mehrheitsfähig waren, im Bildungsbürgertum über die eigenen Reihen hinaus Gehör zu verschaffen. Viele Anti-Antisemiten und moderate Antisemiten ersetzten die Assimilationsförderung durch einen ethnischen Pluralismus. Die jüdischen und anti-antisemitischen Teilnehmer legten ihn als Multikulturalismus aus und verwiesen manchmal explizit auf die

¹²¹ Vgl. Subalterne Positionierungen, S. 41-112, 431-442.

Vereinigten Staaten als Vorbild. Der Zionismus wurde, in Bezug auf die deutschen Juden, insofern für akzeptabel gehalten als er sich auf die Kräftigung nationaljüdischer Identität beschränkte. Es ging um das Recht, in Deutschland ohne Assimilationsdruck Jude zu sein, nicht um die Auswanderung nach Palästina. Mehrheitsfähig war diese Position noch nicht, sie fand aber in den Umfragen überraschend viele christliche Fürsprecher. Die Zulassung eines Mehr an kultureller Eigenständigkeit hatte eine fatale Nebenwirkung. Die Gegner des Antisemitismus waren zunehmend bereit, die Behauptung der Fremd- und Andersartigkeit der Juden hinzunehmen, anstatt sie als Konstrukt der Antisemiten zu entlarven. Den Antisemiten spielte die Wende zum ethnischen Pluralismus, gerade weil sie diese nicht allein vertraten, in die Karten. Die Nichtzugehörigkeit der Juden zu Volk und Nation sowie die Forderung nach der Dissimilation konnten nun artikuliert werden, ohne den eigenen bildungsbürgerlichen Status aufs Spiel zu setzen. Im besten Falle blieb für die Juden noch die Rolle als Gastvolk oder als edle Fremde.

Diese Entwicklung ist gewiss auf die Konjunktur von Nationalismus und Rassismus zur Wilhelminischen Zeit zurückzuführen. Doch die Umfragen zeigen, dass nicht alle nationalistischen und rassistischen Aussagen zwangsläufig mit dem Antisemitismus verbunden waren. Die Juden wurden nicht etwa angefeindet, weil sie in der Diaspora lebten, keine territoriale Nation waren und daher aus der nationalen Ordnung der Welt herausfielen.¹²² Der Ausschluss aus der deutschen

¹²² So Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001, S. 540-552. Die populäre These der Nationalismusforschung, die Juden seien als eine „Nicht-Nation“ angefeindet worden, wird schon durch den Blick auf die Landkarte Ostmitteleuropas

Nation erfolgte gerade dadurch, dass die Antisemiten den Juden, ganz so wie den Polen, einen eigenen Nationsstatus zuschrieben. Wurde die Existenz der Juden als „Nation in der Nation“ in den Umfragen von 1885 und 1893 noch als Zeichen der Assimilationsunwilligkeit verteuelt, so galt sie den Antisemiten in den Umfragen von 1907 und 1912 als erwünscht. Wer die Juden nicht als eigene Nation konzipierte, konnte den Nationalismus sogar noch in der Umfrage von 1920 *gegen* den Antisemitismus in Stellung bringen, da er die Volksgemeinschaft spalte.¹²³ Allerdings ging diese Argumentation zu Lasten der Ostjuden, die als unerwünschte Ausländer ausgeschlossen blieben.

Auch die Fusion von Rassismus und Antisemitismus¹²⁴ war keineswegs universell, sondern lässt sich nur für die völkischen Intellektuellen ohne Abstriche bestätigen. Rassentheoretische Annahmen waren in allen Lagern präsent und wurden auch gegen den Antisemitismus und für eine assimilatorische, zionistische oder multikulturelle Lösung der „Judenfrage“ ins Feld geführt. Man denke an die Diskussion, ob das Judentum durch Mischehen aufzulösen sei oder durch deren Vermeidung als „Rasse“ erhalten werden solle. Diese soziobiologische Betrachtungsweise kam zwar ohne Antisemitismus aus,

widerlegt. Dort gab es viele Nationen ohne Staat und ohne ethnisch homogenes Siedlungsgebiet. Die jüdische Diaspora war nicht in dem Maße eine Sondererscheinung wie Klaus Holz suggeriert – nicht einmal in der Wahrnehmung der Antisemiten.

¹²³ Wille, *Deutscher Geist und Judenhaß*, S. 29.

¹²⁴ Christian Geulen, *Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert*, Hamburg 2004, S. 196-215; Ders., *Rassentheorien*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 3, Berlin 2010, S. 276-278.

war allerdings eine schwere Hypothek für all jene, die Assimilation als graduelle Akkulturation auffassten. Die antisemitische Durchdringung von Nationalismus und Rassismus ist erst mit der weltanschaulichen Radikalisierung und politischen Polarisierung in der Weimarer Republik voll zum Tragen gekommen. Erst jetzt wurde die „Judenfrage“ von einer Angelegenheit des kulturellen und wissenschaftlichen Rasonierens zu einem echten Politikum. Dies lässt sich nicht nur am Diskurs selbst ablesen, sondern auch am steigenden Anteil der Politfunktionäre unter den Umfrageteilnehmern.

Die Zuspitzung der „Judenfrage“ lasten einige Historiker dem Versagen der Gegner des Antisemitismus an. Die Sozialisten hätten nur einen ideologisch motivierten Abwehrkampf geführt, sich aber nicht mit den Juden solidarisiert.¹²⁵ Diese Kritik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Gerade der Philosemitismus, der in den Umfragen sehr selten vorkam, erwies sich als eine inadäquate Antwort auf den Antisemitismus, weil er lediglich ein negatives durch ein positives Vorurteil ersetzte. Der ideologiekritische Ansatz der Sozialisten vollzog dagegen entscheidende Schritte von einer apologetischen zu einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise, auch wenn er in seinen Analysen und Prognosen irrte. Andere Historiker nehmen den deutschen Liberalismus ins Visier. Er habe durch hochgeschraubte Assimilationserwartungen und die Unfähigkeit, jüdische Andersartigkeit neben der protestantischen Leitkultur zu tolerieren, wider Willen den

¹²⁵ Lars Fischer, Anti-Philosemitism and Anti-Antisemitism in Imperial Germany, in: Jonathan Karp/ Adam Sutcliffe (Hg.), Philosemitism in history, Cambridge 2011, S. 170-189.

Antisemitismus gefördert.¹²⁶ Diese These zieht ihre Plausibilität vor allem aus dem Berliner Antisemitismusstreit Anfang der 1880er Jahre und übersieht die hegemonialen Verschiebungen zugunsten des ethnischen Pluralismus zur Wilhelminischen Zeit. Folglich müsste eher die Frage gestellt werden, ob nicht gerade die Preisgabe der Assimilation einer Radikalisierung des Antisemitismus den Weg geebnet hat. Der ethnische Pluralismus machte es den Antisemiten jedenfalls deutlich einfacher, die Juden aus der Nationsgemeinschaft auszuschließen als der bis in die 1890er Jahre hinein dominante Assimilationsdiskurs. Auch förderte er die völlige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse. Viele Indikatoren (u.a. die Zunahme der Mischehen) deuten darauf hin, dass die integrationalistische Assimilation in den 1920-30er Jahren überhaupt erst einsetzte, als sie unter den Intellektuellen bereits massiv an Rückhalt eingebüßt hatte.¹²⁷

Die negativen Folgen zeigten sich in der Weimarer Republik, als das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden erstmals von radikalantisemitischen Massenbewegungen grundsätzlich infrage gestellt wurde. Die Umfrage von Bruno Wille versuchte, dies mit einer einseitigen Auswahl der Teilnehmer zu kaschieren. Nur so konnte noch

¹²⁶ Hans-Joachim Salecker, Der Liberalismus und die Erfahrung der Differenz. Über die Bedingungen der Integration der Juden in Deutschland, Berlin 1999; Uffa Jensen, Integrationalismus, Konversion und jüdische Differenz. Das Problem des Antisemitismus in der liberalen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts. in: Angelika Schaser/ Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart 2010, S. 55-71; Andreas Reinke, Der deutsche Liberalismus und die „Judenfrage“, in: Hettling (Hg.), Die „Judenfrage“, S. 54-84.

¹²⁷ Kerstin Meiring, Die christlich- jüdische Mischehe in Deutschland 1840-1933, Hamburg 1998.

einmal der Gleichklang von Anti-Antisemitismus und Assimilation künstlich wiederbelebt werden. Die beiden Umfragen von 1932 bestätigten hingegen eindrucksvoll den Trend zur ethnopluralistischen Segregation. Ein um Respektabilität bemühter moderater Antisemitismus, den es 1920 durchaus noch gab, ist in diesen Umfragen nicht mehr vertreten. Bürgerlichkeit war kein statusgenerierender Leitwert mehr, an dem sich auch Antisemiten orientierten, sondern galt nun selbst als „jüdisch“. Diskriminierung und Gewaltfantasien ließen sich daher nicht mehr als „unbürgerlich“ tabuisieren. Assimilationsforderungen an die Adresse der Juden wurden von den Antisemiten gar nicht mehr und von den Anti-Antisemiten kaum noch artikuliert. Die Lösung der „Judenfrage“ durch Assimilation war mittlerweile eine exotische Position, während fast alle Teilnehmer die Nichtzugehörigkeit der Juden zum Deutschtum für eine unhinterfragbare Tatsache hielten.

Epilog: Tiere können nicht sprechen

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung und Gleichschaltung war die „Judenfrage“ entschieden. Der Antisemitismus avancierte vom Propagandainstrument der „Kampfzeit“ zur Staatsraison im Dritten Reich. Zusammen mit Volksgemeinschafts- und Lebensraumideologie bildete er das Kernstück nationalsozialistischer Politik.¹²⁸ Dies bekamen einige der Umfrageveranstalter sehr unmittelbar zu spüren. Werner Sombart gehörte

¹²⁸ Wolfram Meyer zu Utrup, *Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung“*. Propaganda und Antisemitismus der Nationalsozialisten 1919 bis 1945, Berlin 2003; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, München 2017.

zu den Gewinnern des Systemwechsels von 1933. Die Nationalsozialisten beriefen ihn in die Preußische Akademie der Wissenschaften, und er dankte es ihnen mit der Unterzeichnung eines Loyalitätsbekenntnisses. Sombarts rassentheoretische Aussagen über die Juden passten ins Weltbild der Nationalsozialisten. Sein Engagement für den Zionismus übersahen sie großzügig. Arthur Landsberger, der 1912 gemeinsam mit Sombart eine Intellektuellenbefragung durchgeführt hatte, zählte nicht nur aufgrund seiner jüdischen Herkunft zu den Verlierern. Er hatte 1925 einen dystopischen Roman geschrieben, in dem er die Machtergreifung einer antisemitischen Partei und die Vertreibung der Juden aus Berlin schilderte.¹²⁹ Als die Dystopie Wirklichkeit wurde, beging Landsberger Selbstmord. Julius Moses, Veranstalter der Umfrage von 1907, starb 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt. Moritz Goldstein entkam der Verfolgung über Italien in die USA. Dort publizierte er weiterhin über die deutsch-jüdische Kultur. Obwohl ihm die Geschichte Recht gegeben hatte, relativierte er seine Thesen über das notwendige Scheitern der Assimilation, die ungewollt den Antisemiten in die Hände gespielt hätten.¹³⁰ Paradoxe Weise musste auch Ernst Johannsen emigrieren, obwohl er mit seiner stark rechtslastigen Umfrage den Nationalsozialisten Propagandamaterial geliefert hatte. Er war mit einer Jüdin verheiratet und wanderte nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze mit seiner Familie nach London aus.

¹²⁹ Arthur Landsberger, *Berlin ohne Juden*, Hannover 1925.

¹³⁰ Moritz Goldstein, *German Jewry's Dilemma. The story of a provocative Essay*, in: *Leo Baeck Institute Year Book 2* (1957), S. 236-254; Moritz Goldstein, *Berliner Jahre. Erinnerungen 1880-1933*, München 1977.

Hermann Bahr befasste sich auch in seinem literarischen Werk mit den Themen Judentum und Antisemitismus. Sein Roman „Die Rotte Korahs“ (1919) schildert die Geschichte eines Antisemiten, der zum Judentum konvertiert, um eine Erbschaft annehmen zu können.¹³¹ Die Zeit, in der amüsante Spitzfindigkeiten der Romanliteratur Auswirkungen auf politische Weltanschauungen haben konnten, war allerdings vorbei. Hermann Bahr übersiedelte 1922 nach München und erlebte dort den Aufstieg der Nationalsozialisten. Er starb 1934. Aufgrund seiner beiden Umfragen kann man Hermann Bahr, obwohl er sich selbst nie als Wissenschaftler verstand, den ersten empirisch arbeitenden Antisemitismusforscher der Weltgeschichte nennen. Viele bahnbrechende Erkenntnisse über den modernen Antisemitismus sind nicht erst mit der Akademisierung der Antisemitismusforschung durch die „Frankfurter Schule“ um Adorno und Horkheimer in den 1940er Jahren zu Tage gefördert worden, sondern waren schon vor dem Holocaust Teil der gesellschaftspolitischen Debatte. Dies gilt sogar für die Einsicht, dass echte Aufklärung nicht bedeutet, Vorurteile inhaltlich zu widerlegen, sondern die sozialpsychologische Pathologie ihrer Träger aufzudecken.¹³² Die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus ist leider weit hinter dieses intellektuelle Niveau zurückgefallen und gibt sich der Illusion hin, Rassisten durch Moralappelle, Diskussionen oder

¹³¹ Hermann Bahr, *Die Rotte Korahs*, Berlin 1919; Ritchie Robertson, *The Jewish Question in German Literature 1749-1939. Emancipation and its Discontents*, Oxford 1999, S. 151-232.

¹³² Klaus Holz/ Jan Weyand, *Von der Judenfrage zur Antisemitenfrage. Frühe Erklärungsmodelle von Antisemitismus*. in: Hahn/ Kistenmacher (Hg.), *Beschreibungsversuche*. S. 172-188; Birgit Erdle/ Werner Konitzer (Hg.), *Theorien über Judenhass – Eine Denkgeschichte*, Frankfurt a.M. 2015.

Anbiederung für die Demokratie zurückgewinnen zu können. In den Umfragen findet man diesen naiven missionarischen Eifer eher selten. Aufklärung diente im Verständnis der Umfrageteilnehmer dazu, Antisemiten zu bekämpfen, nicht zu bekehren. Wenn Einzelne (z.B. Hermann Bahr, Hellmut von Gerlach, Heinrich Mann) im Laufe ihres Lebens von Anhängern zu Gegnern des Antisemitismus wurden, war das kein Verdienst anti-antisemitischer Überzeugungsarbeit, sondern das Ergebnis eines politischen Richtungswechsels von rechts nach links.¹³³

Für die historisch-politische Bildung halten die Intellektuellenbefragungen eine ermutigende und eine ernüchternde Botschaft bereit. Die Debatte um die „Judenfrage“ war nicht von vornherein auf Diskriminierung ausgerichtet. Seit der Wilhelminischen Zeit bewegten sich die „Lösungsvorschläge“ im Spannungsfeld von Assimilation und ethnischen Pluralismus, ganz so wie es heute in den Einwanderungsgesellschaften des 21. Jahrhunderts der Fall ist. Beide Konzepte konnten eine Tendenz ins Illiberale entwickeln. Doch es gab keinen antisemitischen Konsens im deutschen Bildungsbürgertum, obwohl diese gesellschaftliche Schicht bei der Entstehung und Verbreitung des Antisemitismus eine besonders unrühmliche Rolle spielte. Viele christliche und jüdische Intellektuelle stellten sich dem Antisemitismus mit einem breit gestreuten Argumentationsarsenal ethischer, wissenschaftlicher und politisch-ideologischer Einwände

¹³³ Hellmut von Gerlach, *Von rechts nach links*, hrsg. von Emil Ludwig, Zürich 1937.

entgegen. Ihr Engagement ist im heutigen Geschichtsbewusstsein leider nicht so präsent wie es sein sollte.¹³⁴

Die ernüchternde Botschaft ist ihre Erfolglosigkeit. Gewiss waren die Gegner des Antisemitismus von den fundamentalen Gesellschaftskrisen seit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs überfordert. Doch es standen ihnen auch bildungsbürgerlicher Standesdünkel und fehlende Selbstkritik im Weg. Hermann Bahr, Thomas Mann und viele andere Schriftsteller gebrauchten gerne die Metapher, der Antisemitismus sei „der Morphinismus der kleinen Leute“, und selbst die linken Intellektuellen sprachen von einem „Sozialismus des dummen Kerls“.¹³⁵ Man tat so, als sei der Antisemitismus ein Problem unterbürgerlicher Schichten und dichtete der Bildung eine immunisierende Wirkung an. Diese ist jedoch nicht einmal bei Hermann Bahr und Thomas Mann selbst zu entdecken, die trotz ihres Engagements gegen den Antisemitismus nichts dabei fanden, in ihren literarischen Werken und Tagebüchern judenfeindliche Klischees auszubreiten.¹³⁶

¹³⁴ Erschwerend kommt hinzu, dass viele Historiker die anti-antisemitische Gegenwehr bewusst ignorieren oder sie mittels einer „Hermeneutik des Verdachts“ entwerten. Als prominentestes Beispiel Daniel Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin (9. Aufl.) 1996. Ähnlich auch Fischer, The Socialist Response; Aly, Warum die Deutschen; Robert Wistrich, From Ambivalence to Betrayl. The Left, the Jews, and Israel. Lincoln 2012.

¹³⁵ Bahr, Antisemitismus, S. 1, 16; Moses, Judenfrage, S. 242-246. Das Zitat vom „Sozialismus des dummen Kerls“ stammt aber nicht wie oft fälschlich behauptet von August Bebel.

¹³⁶ Flieidl, Hermann Bahrs Stellungen zum Antisemitismus, S. 131-144; Darmann, Thomas Mann, S. 237-310.

Die Antisemiten gingen mit ihren Verschwörungstheorien und ihrem esoterischen Rassismus gewiss weit darüber hinaus. Doch sie verstanden es, seit der Wilhelminischen Zeit im Windschatten boomender ethnopluralistischer Konzepte die Grenzen des Sagbaren so zu verschieben, dass sie ihr Wahn nicht mehr als Intellektuelle disqualifizierte. Wer glaubt, Bildung könne etwas gegen radikale Weltanschauungen ausrichten, wird von den Intellektuellenbefragungen gründlich widerlegt. Vielmehr kann Extremismus selbst das Ergebnis einer falschen Bildung sein. Die eingangs angeführten Zitate Wolfgang Meyer-Michaels und Theodor W. Adornos verfolgen hier, im Gegensatz zu Thomas Manns Exkulpation der humanistisch-idealistischen Bildung, die richtige Fährte. Die „exzentrische Barbarei“ der Völkischen ergab sich nicht aus Unbildung, sondern aus einem Wertewandel innerhalb der deutschen Bildungskultur. Das Erbe der Aufklärung wurde durch einen antirationalistischen Vitalismus verdrängt, der mit seiner „imaginierten Natürlichkeit“ den ethnisch homogenen soziobiologischen Volkskörper zum Letztwert machte. Diese geistesgeschichtliche Entwicklung erlaubte es dem primitivsten Chauvinismus, sich als tiefsinnige Philosophie zu tarnen und insbesondere in der „Judenfrage“ den Wahn zum Normalzustand zu erheben.¹³⁷ Es fehlte nicht am Wissen über Judentum und Antisemitismus, sondern an der Fähigkeit, in Krisenzeiten dem Willen zum Hass zu widerstehen – auch und gerade im Bildungsbürgertum.

¹³⁷ Thomas Mann, Deutsche Ansprache, Berlin 1930, S. 17. Zur Vereinbarkeit von Antisemitismus und deutscher Bildungskultur vgl. Wolfgang Martynkewicz, Salon Deutschland, Berlin 2009; Per Leo, Der Wille zum Wesen, Berlin 2013, S. 332-473; Julian Köck, „Die Geschichte hat immer Recht“, Frankfurt a.M. 2015; Vordermayer, Bildungsbürgertum, S. 409-422.